



Liebe Leserinnen und Leser,

mit Bedauern, aber auch Verständnis haben wir die Entscheidung unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Kenntnis genommen, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Seine Erklärung ist von großem Verantwortungsgefühl, aber auch von Menschlichkeit getragen.

Wir sind dankbar für den Dienst, den der Bundespräsident bislang für unser Land geleistet hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass Joachim Gauck auch den Rest seiner Amtszeit so gestalten wird wie die ersten vier Jahre. Joachim Gauck ist ein Staatsmann, der das Land immer wieder zusammenführt, aber auch unserer Nation eine Richtung weist. Ihm liegt das Wohl der Menschen und die Zukunft Deutschlands am Herzen.

Der Respekt vor dem Amt, aber auch gegenüber der Person Joachim Gaucks gebietet es, sich zu diesem Zeitpunkt nicht an öffentlichen Spekulationen über die Nachfolge zu beteiligen. Es geht schließlich um das höchste deutsche Staatsamt, das Joachim Gauck gegenwärtig in so hervorragender Art und Weise ausfüllt. Mit Besonnenheit werden wir zu entsprechender Zeit einen würdigen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin vorschlagen.

Der letzte Tag der Amtszeit von Bundespräsident Joachim Gauck wird der 17. März 2017 sein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



KURZ UND BÜNDIG

04. Juni

Fastnacht Gesellschaft
Abbenrode: 2. Kerzen-
Dampfbboot-Rennen am
Feuerlöschteich

05. Juni

60 Jahre DRK Ortsverein
Ahlum, Wolfenbüttel

05. Juni

36. Volks- und Schützenfest
Hemkenrode

TERMINE

10. Juni 15Uhr

Ehrung langjähriger
Mitglieder, CDU-Kreisverband
Wolfenbüttel

10. Juni 17Uhr

Kreistagsfraktion,
Wolfenbüttel

11. Juni 15Uhr

50 Jahre Lebenshilfe
Wolfenbüttel e.V. -
Sommerfest 2016,
Wolfenbüttel

12.-18. Juni

Delegationsreise in die USA
mit Mitgliedern des
Ausschusses Arbeit & Soziales
zum Thema Arbeit 4.0

19. Juni

1000 Jahrfeier Alt Wallmoden,
Gemeinde Wallmoden

20. – 24. Juni

Sitzungswoche Berlin



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

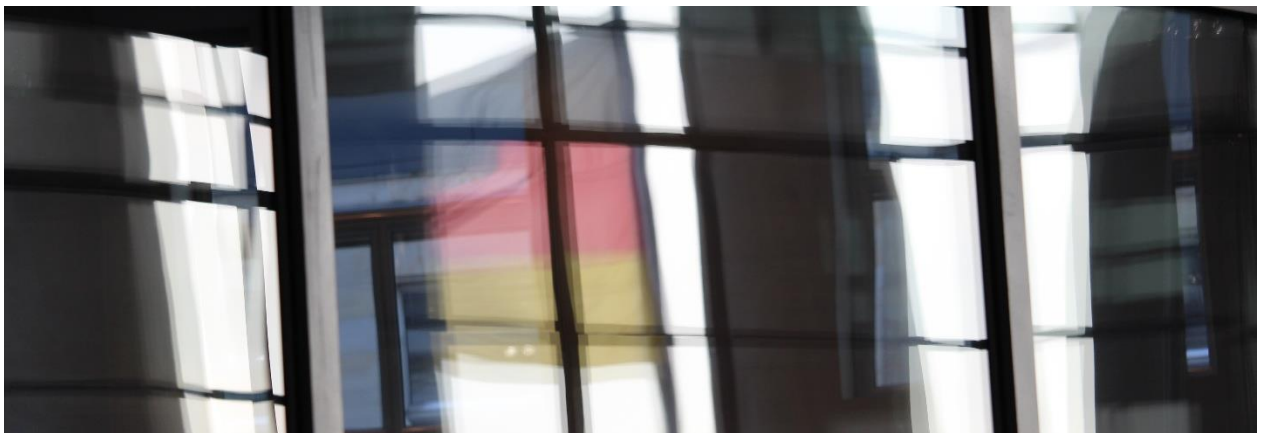


Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 30. Mai bis 03.
Juni 2016

Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Ganz Europa und damit auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, dass wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Die Festnahme zeigt, wie wichtig eine europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror ist. Sie muss nun weiter verbessert und ausgebaut werden.

Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Wenn Terrororganisationen sich international vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser vernetzen. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, verbessern wir die Möglichkeiten des Datenaustauschs zur Terrorismusbekämpfung.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



CDU



**Versöhnung, Partnerschaft,
Zusammenarbeit – 25 Jahre deutsch-
polnischer Vertrag über gute Nachbarschaft
und freundschaftliche Zusammenarbeit.**

Wir würdigten den 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vom 17. Juni 1991. Der Vertrag markiert den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Er stellte die bereits in den Jahrzehnten zuvor begonnene Aussöhnung und Normalisierung zwischen der Bundesrepublik und Polen auf eine feste Grundlage. Bis heute bildet er ein solides Fundament für die deutsch-polnische Partnerschaft in einem geeinten Europa.

Berufsbildungsbericht 2016. Wir berieten den Bericht der Bundesregierung, der gut nachvollziehen lässt, dass sich die Lage am Ausbildungsmarkt für Ausbildungsplatzbewerber im Jahr 2015 positiv entwickelt hat. 100 ausbildungsplatzsuchenden Schulabgängern standen 103,7 Ausbildungsangebote gegenüber – so viele wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Für viele Betriebe ist es hingegen erneut schwieriger geworden, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 522.094 im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze mit 503.200 hingegen leicht gestiegen. Zugleich erreichte die Zahl der gemeldeten unbesetzten betrieblichen Ausbildungsstellen mit einem Plus von 10 Prozent auf 41.000 einen neuen Höchststand. Die Zahl der unversorgten Bewerber ging gegenüber dem Vorjahr auf rund 20.700 (minus 0,8 Prozent) zurück.



Gesetz zur verbesserten Durchsetzung des Anspruchs der Urheber und ausübenden Künstler auf angemessene Vergütung. In erster Lesung diskutierten wir eine Reform des Urhebervertragsrechts. Sie soll den rechtlichen Rahmen für die vertraglichen Beziehungen zwischen Kreativen und den sogenannten Verwertern regeln. Wir wollen hierbei die Urheber und ausübenden Künstler dabei unterstützen, ihrem Anspruch auf angemessene Vergütung besser durchsetzen zu können. Ein Instrument hierfür soll ein gesetzlicher, jährlicher Auskunftsanspruch über die erfolgten Nutzungen sein. Ebenfalls soll es Urhebern möglich sein, gegen eine pauschale Vergütung eingeräumte Exklusivrechte nach zehn Jahren in nicht mehr exklusive Nutzungsrechte umzuwandeln. Darüber hinaus werden weitere Elemente der Verwertung und einer angemessenen Vergütung zwischen Urhebern und Verwertern geklärt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Gesetz zur Änderung des Standortauswahlgesetzes. Wir diskutierten in erster Lesung über eine Änderung des Standortauswahlgesetzes, die wir in breitem politischem Konsens aller Fraktionen vorbereiten wollen. Diese Änderung soll die Einrichtung eines „Nationalen Begleitgremiums“ ermöglichen, das als wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit bei der Ermittlung eines Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfallprodukte wirken soll. Ihm kommt ebenfalls die Aufgabe einer Schlichtung zwischen den bei der Suche eines geeigneten Standortes für die Endlagerung beteiligten Stellen zu.

Wussten Sie schon...?



..., dass sich im Deutschen Bundestag sowohl eine Filiale der Deutschen Post AG als auch ein Reisebüro, eine Ärztin, eine Bibliothek, eine Sporthalle, Bankautomaten, ein Flug-Check-in-Automat, ein Fitnessraum,

Kindergarten und ein Andachtsraum befinden?

Daten und Fakten

Mehr Bildungsaufsteiger. Wissenschaftler des IW Köln haben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland untersucht und kritisieren dabei insbesondere Methodik und Ergebnisse des letzten OECD-Bildungsberichts, wonach es in Deutschland 2012 mehr Bildungsabsteiger (mit einem niedrigeren Bildungsstand als die Eltern) als -aufsteiger gegeben haben soll. Sie plädieren dafür, anstatt den Elternteil mit dem höchsten Bildungsabschluss als Referenz heranzuziehen, den durchschnittlichen Bildungsstand beider Elternteile zu betrachten. Die so durchgeführten Berechnungen ergeben, dass im Jahr 2012 41,4 Prozent der 30- bis 40-Jährigen als Bildungsaufsteiger, 17,9 Prozent als Bildungsabsteiger zu klassifizieren sind. Die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geringe Differenz zwischen Bildungsauf- und absteigern führen sie auf das generell höhere Bildungsniveau in Deutschland zurück, das weitere Aufstiege schwieriger mache. Gleichzeitig sei es gerade in Deutschland möglich, mit einem mittleren Bildungsabschluss gute Beschäftigungs- und Einkommenschancen zu haben. (Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung)

Regelstudienzeit plus zwei Semester. Im Prüfungsjahr 2014 erwarben 40 Prozent der Hochschulabsolventen ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit. Insgesamt schlossen 410.500 Studierende erfolgreich ein Erst- oder Zweitstudium oder konsekutives Masterstudium ab. Bachelor-Abschlüsse wurden dabei zu 46 Prozent innerhalb der Regelstudienzeit erlangt, Masterabschlüsse zu 34 Prozent. Meist beträgt die Zusatzdauer



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



ein oder zwei Semester: In diesem Zeitraum wurden 85 Prozent der Bachelor- und 87 Prozent der Masterabschlüsse erworben. Im Vergleich einiger Studienbereiche mit hohen Absolventenzahlen verzeichneten Biologie (56 Prozent) und Erziehungswissenschaften (59 Prozent) die höchsten Anteile an Bachelor-Abschlüssen innerhalb der Regelstudienzeit. Bei den Master-Abschlüssen lagen die höchsten Anteile bei den Studienbereichen Wirtschaftswissenschaften (38 Prozent), Erziehungswissenschaften (37 Prozent) und Biologie (36 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Neues aus Berlin



Woche der Umwelt im Schloss Bellevue in Berlin. Rund 200 ausgewählte Aussteller präsentierten auf der diesjährigen Woche der Umwelt ihre innovativen Spitzenleistungen aus Natur- und Umweltschutz. Die 2002 vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau initiierte Fachmesse fand zum fünften Mal in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt statt.

Sehr erfreut war ich, dass zwei aus meinem Wahlkreis die besondere Möglichkeit hatten, ihre Leistungen im Park von Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, vorzustellen.

Das Institut für Biotechnologie der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel präsentierte eine Smartphone-App, die „unter Einsatz einfacher Hilfsmittel Umweltparameter ermitteln und eine erste Prognose über Algen- und Blaualgenblüten treffen“ kann. Unter dem Titel „Generationenaufgabe sichere Endlagerung – Verantwortung für die nächste eine Million Jahre“ informierte das Bundesamt für Strahlenschutz aus Salzgitter über seine gleichermaßen wichtigen wie herausfordernden Aufgaben.

Bundesteilhabegesetz – Stand 10. Juni 2016.

Nach heutigem Stand hat der Referentenentwurf für das Bundesteilhabegesetz Licht und Schatten. Er ist in zentralen Fragen jedoch eine wesentliche Verbesserung des heutigen Rechts. Der Behinderungsbegriff wird gesetzlich und menschenrechtskonform neu definiert.

Arbeitnehmer mit hohem Assistenzbedarf mit einem Jahreseinkommen von bis zu 30.000 Euro werden erstmalig von Zuzahlungen freigestellt. Wer mehr als 30.000 Euro verdient, muss einen monatlichen Eigenbetrag in Höhe von 2 Prozent seines Jahreseinkommens leisten.

Beispiel: Das Jahresgehalt beträgt 36.000. Damit liegt die Person mit 6000 Euro über der Freigrenze. Er zahlt künftig 120 Euro monatlich für seine Assistenz. Das macht im Jahr 1440 Euro.

Partner werden mit ihrem Einkommen nicht mehr herangezogen. Das muss auch für das Vermögen gelten. Aufwendige Nachweise beim Träger der Eingliederungshilfe werden künftig durch den Einkommensteuerbescheid ersetzt. Dieses Vorgehen ist in Kommunen zur Errechnung des Anteils an Kita-Gebühren üblich.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Das Sparvermögen von heute 2600 Euro wird auf zunächst 25.000 Euro und im zweiten Schritt auf 50.000 Euro angehoben. Mit dem neuen „Budget für Arbeit“ werden Menschen mit Behinderung – insbesondere mit einer psychischen Erkrankung – neue Brücken auf den ersten Arbeitsmarkt gebaut. Schwerbehindertenvertreter erhalten bessere Freistellungsregelungen, um ihre Aufgaben als Vertrauensperson wahrnehmen zu können, ein verbessertes Fortbildungs- und Schulungsangebot sowie eine Bürokratie als Unterstützung. Die Mitwirkung der Werksstattdröte wird gestärkt. Jede Werkstatt für behinderte Menschen erhält eine Frauenbeauftragte.

Mehr Menschen können künftig Sonderparkplätze für Schwerbehinderte nutzen, weil nicht länger eine orthopädische Erkrankung dafür ausschlaggebend sein soll, sondern auch Multiple Sklerose, Parkinson oder eine schwere Krebserkrankung dazu berechtigen kann.

Taubblinde Menschen erhalten ein eigenes Merkzeichen in ihrem Schwerbehindertenausweis.

Eltern mit Behinderung werden von der so genannten „Elternassistenz“ profitieren. Unabhängige Beratungsstellen werden neben bestehenden Angeboten geschaffen, in denen Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache beraten. Leistungen der Eingliederungshilfe werden bundesweit vergleichbar und nicht nach Wohnort gewährt.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Berufung in Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Abgasmanipulationen.

Diese Woche wurden in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Carsten Müller und ich als ordentliche Mitglieder in den Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Abgasmanipulationen berufen.

Das große Vertrauen unserer Fraktion freut uns – wir werden dieses durch verantwortungsvolle und engagierte Arbeit rechtfertigen. Gerade aus niedersächsischer Perspektive wird es eine spannende Herausforderung, auf die wir uns freuen.

Gleichwohl ist ein solcher von Grünen und Linken geforderter Untersuchungsausschuss aus unserer Sicht eigentlich nicht notwendig. Klar ist zwar, dass Manipulationen an Fahrzeugen und Abgaswerten lückenlos aufgeklärt werden müssen. Doch das passiert schon längst – auch ohne einen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag.

So hat Verkehrsminister Alexander Dobrindt unmittelbar nach Bekanntwerden der Volkswagen-Affäre eine Untersuchungskommission eingesetzt. Gesucht wurde nach unzulässigen Abschaltvorrichtungen bei Dieselfahrzeugen. Zugleich wurden die Stickoxid-Werte



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



überprüft. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht. Diese Untersuchungskommission wird auch weiterhin bestehen bleiben und weiteren Hinweisen nachgehen.

Diese wichtige Aufgabe der Kommission werden wir im Untersuchungsausschuss ergänzen. Zugleich sollte der Untersuchungsausschuss die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene in den Fokus nehmen, damit Betrügereien und Trickereien zukünftig verhindert werden können.

Von Grünen und Linken erwarten wir statt Empörung und vorgezogenes Wahlkampfgetöse eine sachliche und gründliche Aufklärungsarbeit im Sinne von Gesundheits-, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Zugleich muss es Ziel sein, das beschädigte Vertrauen in die Automobilindustrie wieder zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern – schließlich ist die Automobilindustrie mit über einer Millionen Arbeitsplätzen der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland.

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU